



Die Neue



Seite 3

Der Neue



Seite 4

Antifa



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

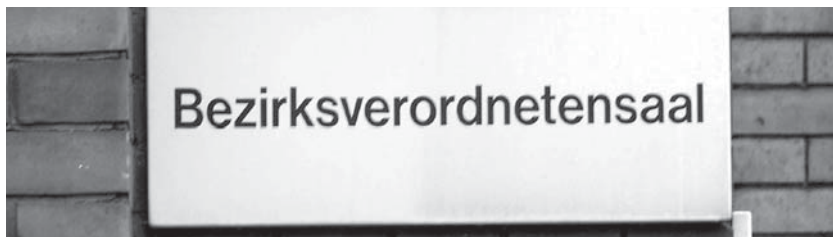
Narrenzeit in der BVV



Gleich zu Beginn der 28. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 11.11. zelebrierte die CDU den Schlagabtausch zum 20. Jahrestag der Maueröffnung. Und zwar in Form eines Dringlichkeitsantrages zur Errichtung eines Gedenkortes Platz des 9. Novembers. Die Bemühungen des Bezirkes würden durch das Land Berlin nicht ausreichend unterstützt.

Hiermit nicht genug. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Kraft, kritisierte beim Tagesordnungspunkt „Bericht des Bezirksamts“ das mangelnde Engagement desselbigen. Es hätten zu wenig Menschen an der Veranstaltung am 9. November am ehemaligen Grenzübergang an der Bornholmer Straße teilgenommen. Dass Bezirksamt habe zu wenig unternommen und sogar den Aufbau eines Informationsstandes der Heilsarmee an der Bösebrücke verhindert. Die CDU im Bezirk hatte wohl nicht mitbekommen, dass nicht nur das Wetter mies war, sondern auch die Hauptfeierlichkeiten am Brandenburger Tor stattfanden.

Weiter ging's dann mit anderen Themen: Dank Wolfram Kempe (DIE



LINKE) zogen die Grünen ihren Antrag zum Botanischen Volkspark zurück. Denn sie wollten allen Ernstes, dass die Anzuchtgewächshäuser im Botanischen Volkspark in Blankenfelde aus der Denkmalliste gestrichen werden sollen.

Und der Narr in der BVV, wieder in Gestalt der CDU, trieb sein Unwesen weiter. Auf Initiative der Volkssolidarität hatte die Senioren-BVV, eine BVV der Älteren in unserem Bezirk, jüngst anregt, eine Armutskonferenz in Pankow abzuhalten. Phillip Lengsfeld von der CDU hingegen befand, dass dies nicht notwendig sei. Wen diese Bemerkung verwundert, der hat noch nicht bemerkt, dass Schwarz-Gelb im Bund regiert. Und die Agenda 2010 ihre krönende Verschlimmerung findet. Trotz Lengsfelds Bemerkung – dem Antrag der Senioren-BVV wurde

gefolgt. Der Antrag der LINKEN für eine Handreichung des Bezirkes für eine bessere Aufklärung zur Bürgerbeteiligung und demokratischer Teilhabe wurde nach einer Meta-Debatte und einem breiten positivem Bekunden aller Fraktionen in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung überwiesen.

Das abschließende Narrenstück kam zum Ende der BVV: Der Antrag der SPD zu „Skulpturen-Diebstähle in Zukunft verhindern“ wurde nach heiterem Gelächter in den Umwelt- und Kulturausschuss überwiesen. Dank unserem Geschäftsführer wurde die Fraktion in dieser närrischen Zeit mit den dazugehörigen Pfannenkuchen versorgt und so haben wir auch die 28. Tagung der BVV durchgestanden.

Katja Haese
Bezirksverordnete

Der Platz soll weg



Der Garbáty-Platz stellt für viele den ersten Kontakt mit Pankow her. Wer mit der U- oder S-Bahn nach Pankow fährt, sieht diesen Platz zuerst. Zahlreiche Pankowerinnen und Pankower passieren ihn tagtäglich. Auch Feste und Demos finden hier statt. Manche nutzen den Platz auch einfach zum Ausruhen auf einer der Parkbänke.

Geht es aber nach dem Willen des Liegenschaftsfonds und eines Investors, ist damit bald Schluss. Anfang Mai und erneut im Oktober sind im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) die Pläne für eine Bebauung auf dem Garbáty-Platz vorgestellt worden. Auf heute noch öffentlichem Straßenland soll ein weiteres Einkaufs- und Bürozentrum entstehen. Zwar gibt es noch keinen Bauantrag und kein Baurecht, aber bald

könnte der viergeschossige Bau Realität werden. Aus zwei Baukörpern an der Berliner und an der Grunowstraße soll er bestehen. Verbunden werden diese durch einen Riegel, der sich über den Eingang zum U-Bahnhof spannt. Das Kunstwerk „Garbáty“ bliebe zwar am derzeitigen Standort, würde jedoch sicher an Ausdruckskraft verlieren, wenn es unter dem großen Riegelbauwerk verschwände. Einig waren sich viele Mitglieder im Ausschuss, dass mit dieser Bebauung der Platz verschwunden wäre.

Leider reiht sich dieses Projekt in den aktuellen Trend der Stadtentwicklung ein: Wie jüngst in der Debatte um das Marx-Engels-Forum unterhalb des Fernsehturms sind öffentliche Räume und Grünflächen vielen Projektentwicklern, Stadtplanern und Politikern ein Dorn im Auge. Sie treiben die Privatisie-



rung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums weiter voran. Verweilen darf man in diesen schönen neuen Räumen – aber nur, wenn auch konsumiert wird. Freilich ist die derzeitige Gestaltung des Garbáty-Platzes verbesserungswürdig. Der Eingangsbereich für Pankow hat aber eine bessere Erscheinung verdient als ein gesichtsloses Geschäftszentrum, das es allorten in Berlin schon gibt.

Dr.-Ing. Guido Brendgens
Bürgerdeputierter

Die Neue I

Der ÖBS ist nicht zu teuer

extraDrei sprach mit Berlins neuer Senatorin für Arbeit, Soziales und Integration Carola Bluhm. Die 46jährige hat nach dem Ausscheiden von Heidi Knake-Werner das Amt übernommen. Die studierte Soziologin und gelernte Facharbeiterin für Obstproduktion war zuvor Fraktionschefin der Berliner Linken. Sie hat zwei Kinder.

Wie hat man Dich am ersten Arbeitstag empfangen, und was war Deine erste Amtshandlung?

Der Empfang war sehr nett. Alle waren bemüht, mir den Einstieg zu erleichtern und mir die Vielzahl an Themen und Terminen, die gleich zu Beginn auf mich zukamen, möglichst schonend nahe zu bringen. Meine erste Amtshandlung: mich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses vorzustellen.

In den Plänen der neuen Bundesregierung ist das sogenannte Bürgergeld noch nicht vom Tisch. Wie stehst Du dazu, und was kann man tun, um die Lage von Bedürftigen nicht weiter zu verschlechtern?

Bürgergeld heißt, dass Bedürftige noch weniger bekommen als bei Hartz IV, etwa 70 Euro weniger im Monat. Wir verlangen vom Bund, dass er die Hartz IV-Regelsätze an die Preisentwicklungen der letzten Jahre anpasst und erhöht. Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut und Ausgrenzung führen – dieser Grundsatz gilt.

Für Deine Vorgängerin stand der Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) ganz oben. Wie wirst Du an diese erfolgreiche Politik anknüpfen?

Ich werde mich so wie Heidi Knake-Werner für den ÖBS stark machen. Schon über 7.000 Langzeitarbeitslose verrichten dort gemeinnützige Arbeiten. Wir haben mal nachgerechnet: wir brauchen pro Monat pro Person nur 240 Euro Steuergelder zusätzlich, um eine Stelle zu bezahlen. Unser Prinzip „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ zu finanzieren, ist also mehr als richtig. Das bestätigen übrigens auch die Beschäftigten: für sie ist es ein enormer Gewinn, wieder eigenes Geld zu verdienen und gebraucht zu werden.

Wie kann ein rot-roter Senat in Berlin seine Projekte gegen eine schwarz-gelbe Bundesregierung

behaupten?

Indem er für linke Mehrheiten kämpft. Dass nun in Brandenburg gerade eine zweite rot-rote Koalition geschlossen wird, gibt uns Aufwind. Ich bin zuversichtlich, dass die Zustimmung für linke und soziale Politik in der Bevölkerung weiter wachsen wird.



Worin unterscheidet sich linke von sozialdemokratischer Sozial- und Integrationspolitik?

In der Konsequenz, mit der sich Linke für Chancengleichheit und soziale Bürgerrechte einsetzen, unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft und dem Milieu, aus dem Menschen kommen. Verantwortung der Einzelnen bejahe



ich, aber nur dort, wo sie sie auch tragen und sich selber helfen können. Wer von Hartz IV leben muss, hat das ist in aller Regel nicht selbst zu verantworten.

DIE LINKEN wollen zusammen mit der SPD noch in dieser Wahlperiode ein Integrationsgesetz für Berlin erarbeiten. Worum geht es dabei und wird damit eine bes-

sere Integration im alltäglichen Zusammenleben leichter und spürbarer?

So wie auf Landesebene wollen wir die Partizipationsrechte für Migrantinnen und Migranten auch in den Bezirken stärken. Alle Bezirke sollen in Zukunft Integrationsbeauftragte bekommen. Außerdem wollen wir die Rechte des Integrationsbeirates gesetzlich verankern.

Bildungs- und Ausbildungsdefizite bei Berlinern mit Migrationshintergrund auf der einen Seite - geringere Arbeitsmarktchancen aber auch für Hoch- und Fachschulabsolventen mit einem solchen Hintergrund: Wie kann Politik da gegensteuern?

Indem sie auf allen Ebenen Barrieren wegräumt, die Menschen mit Migrationshintergrund bei Ausbildung und Beruf im Weg stehen. Das fängt bei der Kita an, deshalb stecken wir dort jetzt noch mehr Geld hinein, um Angebot und Qualität zu verbessern. Mit unserer Kampagne „Berlin braucht Dich“ werben wir um mehr Jugendliche mit ausländischen Wurzeln für den öffentlichen Dienst. Um die Jobaussichten bei Hochqualifizierten zu verbessern, müssen wir gegen Vorurteile in den Unternehmen ankämpfen.

Welches Motto hast Du für Dein Tun?

Ich bleibe ein fröhlicher Mensch.

Wie bringst Du Arbeit und Privatleben unter einen Hut?

Darüber mache ich mir erst Wehnachten wieder Gedanken.

Interview: Gisela Blank

Der Neue II: Wir sparen der Krise nicht hinterher

Berlin bleibt soziale Metropole

extraDrei sprach mit Udo Wolf, neuer Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus und einer der Autoren des Strategiepapiers „Mit sozialem Fortschritt aus der Krise“, das Weichen für das künftige Profil der Berliner LINKEN stellt.

Udo, Du schreibst, dass die Frage, inwieweit linkes Regierungshandeln nach acht Jahren Rot-Rot nachhaltige Effekte für ein zukunftsfähiges und soziales Berlin gebracht hat, noch nicht ausreichend beantwortet sei. Ist das Kritik an Deinen Vorgängern?

Das ist eine Einschätzung, die uns alle angeht. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht. Wir haben mit den Hinterlassenschaften unserer Vorgänger aufge-



besonders wichtig für eine künftige linke Stadtregierung?

Es gibt Entscheidungen, die andere Regierungskonstellationen nicht oder nicht so intensiv wie wir vorangebracht hätten. Dazu zählt, Krankenhäuser, die BVG oder weitere Wohnungsbaugesellschaften nicht zu privatisieren. Und obwohl ganz schön nervenaufreibend – erst mit uns ist Berlin Vorreiter bei direkter Demokratie geworden. Wir sind auch die ersten, die das Thema Integration ernsthaft angepackt haben. Und da gibt es weiterhin viel zu tun. Mit uns wurde in der Stadt begonnen, das Bildungsprivileg zu brechen, beispielsweise mit dem kostenfreien Kita-Jahr und der Gemeinschaftsschule. Auch, dass wir denen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zum Beispiel mit dem Berlin-Pass und ihnen nicht noch zusätzliche Lasten wie Zwangsumzüge aufbürden, ist keine Selbstverständlichkeit. Das wird unter einer schwarz-gelben Bundesregierung schwer zu verteidigen sein. Aber wir werden dafür streiten.

Mit welchen Schwerpunkten und Projekten will DIE LINKE Berlin durch die Krise führen?

Damit Berlin eine soziale Metropole bleibt, ist es wichtig, unsere Projekte erfolgreich weiter zu führen. Also weiter für Chancengleichheit in der Bildung einzutreten, die Daseinsvorsorge zu sichern und denen

eine Chance zu geben, die schon lange arbeitslos sind. Zur sozialen Stadt zählt auch, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ordentlich bezahlt werden und dass das wichtige Feld des Klimaschutzes immer auch unter sozialen Gesichtspunkten bearbeitet wird. Ökologischer und sozialer Fortschritt gehören zusammen.

Ihr fordert für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt eine andere Wohnungspolitik. Wie soll das gehen?

Vieles, was Mieten betrifft, wird durch Bundesgesetze geregelt. Aber wir haben ja öffentliche Wohnungsbaubetriebe. Die könnten wir stärker in die Pflicht nehmen, für bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen der Stadt zu sorgen.

Finanzsenator Nussbaum (SPD) will DIE LINKE aber das Sparen lehren. Er will ab 2012 weitere 250 Millionen jährlich im Landeshaushalt einsparen. Sprengstoff für die rot-rote Koalition?

Wir alle wissen, wie wichtig der Konsolidierungskurs in den vergangenen Jahren war. Die Altschulden Berlins wird allerdings keine Regierungskonstellation abtragen können, ohne die Stadt massiv zu ruinieren.

Deshalb haben wir uns mit der SPD nicht nur darauf verständigt, der Krise nicht hinterher zu sparen. Derzeit diskutieren wir, dass wir für Dinge, die uns besonders wichtig sind, wie Kita und Schule, sogar auch neue Schulden machen müssen.

Die Berliner SPD hat bei den Bundestagswahlen eine herbe Niederlage erlitten. Ist die SPD Berlin nach links gerückt?

In Berlin hat sich die SPD bereits, seit sie mit uns zusammen regiert, ordentlich bewegt. Alles andere wird die Zukunft zeigen.

Eine linke SPD – hast Du Angst vor der Konkurrenz?

Nein. Eine linkere SPD hatten wir uns doch gewünscht.

Interview:
Sandra Brunner



räumt, eine Bankenkrise bewältigt und Berlins Finanzen in Ordnung gebracht. Wir haben Projekte wie die Gemeinschaftsschule oder einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angeschoben, die für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt wichtig sind. Aber wir können nicht davon ausgehen, dass das alles bis 2011 und darüber hinaus trägt. Vieles, was wir mühevoll erstritten haben, gerät in Vergessenheit. Deshalb müssen wir gerade in Zeiten der Krise noch stärker deutlich machen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt.

Welche Erfahrungen und Ergebnisse von Rot - Rot sind Dir

ÖBS-Evaluation: Beschäftigte fühlen sich gebraucht

Mitten im Leben

„Früher konnte ich von Hartz IV reden, jetzt kann ich von meinem Job reden“- so ein über 50 Jahre alter Mann, der in einem Projekt im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) arbeitet.

Nach jahrelanger Erwerbslosigkeit hat er wieder Arbeit - sinnvolle Arbeit, die ihm Spaß macht, die nützlich ist, ihm neues Selbstwertgefühl gibt. „Da fühlt man sich wieder mitten im Leben“, sagt eine 55 Jahre alte Frau, die ebenfalls nach einer langen Odyssee durch Hartz IV und Ein-Euro-Jobs endlich eine Stelle gefunden hat, von der sie nicht nur leben kann, sondern die ihr auch Freude am Leben vermittelt.

Mittlerweile arbeiten rund 7.500 Menschen im Berliner ÖBS in Existenz sichernden und sozialversicherungspflichtigen Jobs. Sie werden nach Tarif bezahlt, bekommen 1.300 Euro Brutto und verrichten gesellschaftlich sinnvolle Arbeit. Rund 500 ÖBS-Beschäftigte sind im Sommer von einem Wissenschaftle-

rinnen-Team nach ihren Erfahrungen befragt worden. Das vorläufige Ergebnis: 90 Prozent fühlen sich durch ihre Arbeit gebraucht. 84 Prozent macht sie sogar Spaß. Viele, selbst jahrelang Arbeitslose, definieren sich über Erwerbsarbeit. Ha-



ben sie keine, führt das nicht nur zu materieller Armut, sondern zu gesellschaftlicher Ausgrenzung. Der ÖBS wird damit zu einem wichtigen Integrationsinstrument.

Weil das so ist, kritisieren viele Beschäftigte, dass die Stellen in der Regel befristet sind. Auch die

Bezahlung finden einige zu gering angesichts der Leistungen, die sie bringen. Lediglich zwölf Prozent haben keinen Berufsabschluss, aber 34 Prozent einen Hoch- oder Fachschulabschluss. (Mehr Infos unter www.oeps-berlin.de)

Die dauerhafte Sicherung des ÖBS, längerfristige Beschäftigung und eine bessere Entlohnung gehören deshalb zu den notwendigen politischen Konsequenzen aus der Studie. Ob das gelingt, hängt wesentlich von der finanziellen Ausstattung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente durch die Bundesregierung ab, die Grundlage der ÖBS-Finanzierung ist.

Schwarz-Gelb hat nun gerade angekündigt, weniger und billigere Maßnahmen zu wollen. DIE LINKE in Berlin wird also um den ÖBS kämpfen müssen.

Katina Schubert

Persönliche Referentin der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Liebig persönlich

Mit seinen 36 Jahren ist er zwar im Bundestag einer der jungen Abgeordneten und trotzdem bereits ein alter Hase mit vielen Erfahrungen als Politiker. Der studierte Betriebswirt ist ein Linker durch und durch und kämpft links von der Sozialdemokratie für Gerechtigkeit und Solidarität.

Als Landtagsabgeordneter gestaltete er erst sieben Jahre in der Opposition und dann sieben Jahre in der rot-roten Koalition Politik im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er war Landesvorsitzender der PDS sowie Vorsitzender der Fraktion im Abgeordnetenhaus und hat die Politik der LINKEN in Berlin maßgeblich beeinflusst.

Nun zieht er mit dem Pankower Direktmandat ausgestattet in den 17. Deutschen Bundestag ein und hat sich viel vorgenommen. Im Auswärtigen Ausschuss möchte er sich dafür einsetzen, dass die Außenpolitik Deutschlands wieder vom Völkerrecht und Frieden geprägt ist. Er möchte das Projekt einer rot-

rot-grünen Alternative zur neuen schwarz-gelben Regierung vorantreiben.

Ebenso ist ihm, als Sprecher des Forums Demokratischer Sozialismus, die innerparteiliche Programmdiskussion besonders wichtig.

Für die Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises möchte er stets ansprechbar sein und sich für ihre Belange einsetzen. Er liebt Berlin und deshalb war sein Signet für die Wahl berlinliebig.

In Gesprächen kann Stefan hartnäckig und ausgleichend zugleich sein. Auch wenn das manche annehmen, ist er im persönlichen Umgang überhaupt nicht arrogant, aber auffällig ehrlich und verbindlich. Fragen beantwortet er gern und immer wieder geduldig. Und Zusammenhänge so zu erklären, dass sie jeder versteht, aber auch druckreif zu reden, beherrscht der Bundestagsabgeordnete gleichermaßen.

Stefan ist seit 2006 mit Kerstin Liebig, der Berliner Staatssekretärin für Arbeit, verheiratet und lebt mit



Foto: Sacha Nolte

ihr im Pankower Ortsteil Wilhelmsruh.

Er schätzt gutes Essen und guten Wein. Mit dem Fahrrad fährt er nur bei schönem Wetter und Spaziergänge zieht er Wanderungen vor. Und überhaupt ist Sport nicht so sein Ding. Er liest täglich mehrere Tageszeitungen und schaut gerne Blockbusterfilme. Er mag Städtereisen und Faulenzen am Meer. Aber dafür wird künftig nicht mehr so viel Zeit sein.

Karla Krausnickel

Rechte Übergriffe und Propaganda

Keine Entwarnung

extradrei sprach mit Bettina Pinzl, Mitarbeiterin bei [moskito], der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus – Für Demokratie und Vielfalt, über das Pankower Register.

Was ist das Register?

Im Pankower Register werden diskriminierende und rechtsextreme Vorfälle und Propaganda dokumentiert. Betroffene und Zeugen können sich bei Anlaufstellen im Bezirk melden und Unterstützung erhalten. Uns geht es darum, für Diskriminierungen zu sensibilisieren, über rechtsextreme Aktivitäten aufzuklären und ein Bild vom Sozialraum Pankow zu erhalten, um der Entstehung von Angsträumen entgegenwirken zu können.

Gibt es im Bezirk Ortsteile, in denen vermehrt rechte Übergriffe registriert werden?

Regionale Schwerpunkte von Vorfällen finden sich seit 2005 in Pankow-Zentrum, Prenzlauer Berg und zum Teil auch in Weißensee.

Die Chronik des Pankower Registers für das erste Halbjahr 2009 weist aus, dass die Übergriffe im Vergleich zum ersten Halbjahr



PANKOWER REGISTER.de

2008 von 78 auf 64 Fälle zurückgegangen seien. Ist das tatsächlich so oder sind nicht alle erfasst?

Wir erfassen nie alle verübten Vorfälle, wir können nur aufnehmen, was öffentlich gemacht wird - per Meldung, Anzeige oder ähnliches. Es muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Die Abnahme veröffentlichter Vorfälle im ersten Halbjahr 2009 ist berlinweit zu verzeichnen. So hat die Opferberatungsstelle ReachOut in diesem Zeitraum 32 Gewalttaten in Berlin dokumentiert, im ersten Halbjahr 2008 waren es hingegen 94.

Worauf ist der Rückgang zurückzuführen?

Die Abnahme gewalttätiger Vorfälle in Pankow resultiert aus dem Rückgang rechter Gewalt gegen „politische Gegner“. Gründe hierfür können sein: Erhöhter Repressionsdruck

durch laufende Strafverfahren gegen Pankower Neonazis, veränderte Lebensumstände wie Kinder und Beruf oder die veränderte Verurteilungsgefahr aufgrund altersbedingtem Wegfall des Jugendstrafrechts.

Bedeutet der Rückgang Entwarnung?

Keinesfalls! Die rechtsextreme Szene in Pankow ist gut vernetzt und sehr gewaltbereit. Rassistische Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft nahm im ersten Halbjahr 2009 zu. Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass positive Veränderungen nicht unbedingt eine generelle Trendwende bedeuten. Achtsamkeit und eine kontinuierliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und Diskriminierungen sind hier zwingend nötig.

Interview:
Sandra Brunner

Erkenntnis erheblich erweitert



Im September diesen Jahres verließ folgende Meldung das Büro der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus [moskito]: „Im ersten Halbjahr 2009 erfasste das Pankower Register, verglichen mit den Vorjahreszahlen, 18 Prozent weniger rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierte Vorfälle im Bezirk Pankow.“ Weiter heißt es im Text: „Dieser erfreuliche Rückgang lässt sich auf stark verminderte rechtsextreme Aktivitäten im Bereich der so genannten Anti-Antifa-Arbeit [...] zurückführen. 2009 richteten sich ‚nur‘ 5 Vorfälle gegen ‚politische Gegner‘, 2008 waren es 25 Vorfälle.“

Das sind ja gute Nachrichten. Anhand eines Rückgangs von 25 auf 5 Vorfälle lassen sich verminderte, nein besser, stark verminderte rechtsextreme Aktivitäten feststel-

len! Wir wollen ja nicht die Arbeit der [moskito] Netzwerkstelle in Gänze kritisieren, dieser Schluss ist aber unzulässig. Aus der Betrachtung eines Teilaspektes heraus auf die Gesamtsituation zu schließen, ist spekulativ. Es schadet mehr, als das es nützt. Davor müssen wir dringend warnen!

Nun ja, dem Bericht können wir jedoch auch etwas Positives entnehmen. Laut der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus leidet die rechte Szene derzeit über eine gewisse organisatorische Schwäche. Trotzdem behält sie jedoch ihr Gewaltpotenzial und ihr menschenfeindliches Weltbild.

Beides zusammen stellt eine Bedrohung für jeden Menschen in diesem Lande dar, der diese Gedanken nicht teilt.

Das Register hat die Erkenntnisse

zum Rechtsextremismus in Pankow erheblich erweitert. Davon sind wir überzeugt.

Darüber hinaus weckte es aber auch merkwürdige Begehrlichkeiten. Unlängst bemühte sich die Pankower CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) um folgende Anregung: „Das Bezirksamt wird ersucht, analog zum Bericht des Bezirksamtes zu rassistisch und rechtsradikal motivierten Vorfällen [...] ebenfalls halbjährlich einen Bericht [...] über linksradikale Gewalttaten vorzulegen.“ Sie blieb mit ihrem Antrag nicht ganz erfolglos.

Wie so etwas zustande kommen kann, ist Stoff für unseren nächsten Beitrag.

Weitere Infos zum Register unter: <http://www.pankower-register.de>

AG Antifa/ Antira

DIE LINKE nach den Wahlen

Mit neuem Schwung

DIE LINKE in Pankow geht gestärkt in eine neue Etappe ihrer Arbeit. Die Delegierten der 1. Tagung der 2. Hauptversammlung des Bezirksverbandes, die diesmal mit 90,5 Prozent fast vollzählig waren, wählten am 7. November den Bezirksvorstand, werteten die Bundestagswahlen und den Wahlkampf aus und gaben einen Ausblick auf das Jahr 2010.

Die Wahlerfolge der LINKEN in Pankow - zwei Bundestagsabgeordnete, stärkste Partei im Bezirk - stellen neue Herausforderungen an die politische Verantwortung und die Wirksamkeit der Partei im Kiez, im Bezirk und im Land.

Nach den einführenden Reden des Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich und des Bezirksvorsitzenden Sören Benn und auf der Grundlage der vorgelegten analytischen Materialien zur Wahlauswertung diskutierten die Delegierten die Erfahrungen im Wahlkampf, vor allem im Hinblick auf die Vorbereitung der Abgeordnetenhauswah-

len im Jahr 2011. Es gab wichtige Anregungen für die Schärfung des sozialen Profils der Partei, zur Entwicklung neuer Parteistrukturen, zum Beispiel für Ortsteilverbände, eine attraktivere Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einbeziehung von Neumitgliedern. Für die Offenheit und Anerkennung der Partei spre-



chen auch 76 Eintritte im Jahr 2009 in unseren Bezirksverband.

In Auseinandersetzung mit dem zu erwartenden Sozialabbau durch die schwarz-gelbe Regierung sollen Erfahrungen und Erfolge von Regierungsbeteiligungen der LINKEN offensiver auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen verteidigt und neue Bündnisse auf den verschie-

denen Ebenen gesucht werden. Mit Beifall nahmen die Delegierten die Information auf, dass es erstmalig zwischen den LINKEN-Mandatsträgern auf den Bezirks- und der Landesebene zu gemeinsamen Handeln bei der Erarbeitung von Positionen und Forderungen für den Haushalt für die Jahre 2010/11 gekommen ist.

Nachdrücklich forderten Genossen, beschleunigt mit der Ausarbeitung und der Diskussion des Parteiprogramms zu beginnen.

Sören Benn wurde als Bezirksvorsitzender und Sandra Brunner als stellvertretende Bezirksvorsitzende wiedergewählt.

Mitglieder des Bezirksvorstandes sind: Gisela Blank, Elke Breitenbach, Katja Haese, Christine Keil, Gabi Kuttner, Marion Rissmann, Katrin Maillefert, Ute Wolf, Gert Cramer, Jan Gaubert, Sacha Kummer, Stefan Liebich, Uwe Melzer, Mike Peter, Patrick Technau und Jochem Visser.

Renate Tepper

Unbarmherziger Mut

Als wäre er nicht schon unbarmherzig genug gewesen. Mit sich selbst. Hans-Dieter Schütt stellt an den Schluss seiner Selbstanklage „Glücklich beschädigt“ (wjs-Verlag, 223 S., 19,95 Euro) einen Artikel, den er, der einstige Chefredakteur der Jungen Welt, am 28. Oktober 1987 im FDJ-Zentralorgan veröffentlichte. Über den sowjetischen Film „Die Reue“. Mit den handschriftlichen Korrekturen Honeckers versehen. Der so geadelte Schütt schont sich nicht. Reue. Radikal seziert er den Dogmatiker, Lügner, Selbstgerechten, Parteisolddaten, Jasager, Ignoranten, Demagogogen Schütt. Ein „nachdenklicher Täter“, ein Feingeist von hohen Graden, ein Wissender, ein Dialektiker.

Und genau das ist die Gratwanderung für den Leser. Dieses sich Häuten, dieses nach Außenkehren des Allerinnersten. Schlägt da immer noch der alte Demagoge durch? Will Saulus uns weismachen, er sei

zum Paulus geworden? Jeder hat das Recht auf seine Wahrheit, allemal auf die Wahrheit seines Lebens. Und die Klarheit, mit der Schütt bekennt: „Ein Arbeitsleben umsonst, Punkt. So lautet die Wahrheit.“, ist bitter genug, als dass Zweifel an der Lauterkeit über diese „Republikflucht nach dem Ende der DDR“ - so der Untertitel - angebracht wären. „Nichts ist unergründlicher als die eigene Biografie. Du stehst irgendwann vor dir selber und begegnest einem Unbekannten. Du ahnst, dass dich von dort, wohin du so gern schweigen möchtest, Wahrheiten anstarren, die vielleicht ins Freie müssen.“

Indem Schütt seine ganz persönliche Dose der Pandora öffnet, macht er seinem Leser Mut zur Schonungslosigkeit gegenüber der eigenen Biografie. Auch Ideale haben keine Schonzeit. Oder doch? Über einen Besuch bei dem österreichischen Bildhauer Alfred Hrdlicka beispielsweise schreibt Schütt: „Ja,

der Klassenkampf tobte mir wieder entgegen, der Kraftkerl da sang knarzend dessen Einmaleins. Ich sah mich unangenehm berührt von so viel junger Gestrigkeit. Aber weil ich mich zugleich unerwartet erfrischt fühlte (erstaunlich, wie alte Reflexe einem treu bleiben - ein Virus im Blut?), kam ich mir auch vor wie ein Ertappter.

Es ist eben nach wie vor etwas Beneidenswertes, ungebrochen durch die Zeiten zu gehen.“ Oder hin und wieder aufrecht. Und wenn es nur das letzte Stück ist. Schütt unbedingt lesen.



Gisela Blank

Das Letzte

Umfallen

Gegenwärtige Nachwahlentscheidungen lassen den Schluss zu, dass Umfallen in der aktuellen Politik einen festen Platz hat. Eine Definition aus Meyers-Lexikon von 1899: „Von der Vertikalen in die Horizontale fallen.“ Erklärbar am Beispiel des Holzfällens. Ein Baum wird unten kurz über dem Boden abgeschnitten und er fällt um. Oben Abschneiden ist nicht erforderlich, da er dort nicht befestigt ist und die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die zweite Aussage aus dem Duden: „Bei der Entscheidung ist der Politiker noch umgefallen.“ Was könnte gemeint sein? In der Geschichte gibt es viele Beispiele, dass Persönlichkeiten oder auch ganze Parteien bei wichtigen Entscheidungen umgefallen sind. Nicht in die Horizontale, sondern in die Unglaubwürdigkeit.

Bei der SPD hat das Umfallen eine Tradition, die 1875 mit dem Gothaer Vereinigungsparteitag begonnen hat.

In jüngster Zeit geschahen seltsame Dinge in Erfurt. Nach den Wahlen wurden Vorgespräche mit Vertretern der LINKEN von der Sozialdemokratie zur Bildung einer Regierungskoalition geführt. Nach drei Sondierungsberatungen erklärte der Vorsitzende des sozialdemokratischen Landesverbandes, Herr Matschie, mit der CDU eine Koalition bilden zu wollen. Während des Wahlkampfes war die Thüringer SPD lauthals für einen Politikwechsel in Thüringen eingetreten. Nun das! Eine Analyse



des Umfallens ist kaum möglich. Er hat die tausendfach erprobte Strategie seiner Partei angewendet und ist umgefallen. Schade, die Wähler wurden wieder mal betrogen. Hoffnung geben hingegen aufrechte linke Sozialdemokraten, wie Ottmar Schreiner und andere, die für einen radikalen Politikwechsel und eine Abkehr von der Agenda 2010 durch die SPD streiten.

Klaus Flemming

H at uns gefreut Am 30.10.2009 wurde die Genossin Dr. Ruth Strahl in Buch 100 Jahre alt. Ruth Strahl ist die Tochter von Kurt Eisner. Kurt Eisner war einst Bayerischer Ministerpräsident. Er rief 1918 in München die Republik aus und wurde 1919 ermordet. Wir gratulieren Ruth Strahl zum 100. Geburtstag und wünschen Gesundheit und alles Gute.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

24. November 18 Uhr
AG Jugend der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

25. November 16.30 Uhr
Kundgebung „Mauerparkbebauung – wir haben was dagegen“, BVV Mitte, Parochialstraße 3

27. November 17 Uhr
Delegiertenberatung der Pankower Landesparteitage delegierten in der BVV im Fraktionszimmer

28. November 10 Uhr
3. Tagung des 2. Landesparteitages der LINKEN Berlin, Max-Taut-Schule, Fischerstraße / Schlichtallee, S Nöldnerplatz 8 (Lichtenberg)

30. November 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

02. Dezember 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstands in der Bezirksgeschäftsstelle

07. Dezember 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

08. Dezember 19.30 Uhr
„Raus auf Afghanistan – Eckpunkte einer Abzugsstrategie“, Diskussion mit Paul Schäfer, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verteidigungsausschusses, in der Bezirksgeschäftsstelle

09. Dezember 15 Uhr
SeniorInnenweihnachtsfeier, u.a. Lesung mit Günther Herlt, in der Bezirksgeschäftsstelle

17.30 Uhr
29. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

10. Dezember 18 Uhr
AG Gesundheit, Arbeit und Soziales der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

14. Dezember 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstands in der Bezirksgeschäftsstelle

04. Januar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

18. Januar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

25. Januar 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

27. Januar 17.30 Uhr
30. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. November 2009
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 22. Januar 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Der Garbáty-Platz“, Sandra Brunner